

# VPOD-Forderungen zum Frauen\*streik vorgelegt

Dienstag, 09. Juli 2019

Von: VPOD / Katharina Prelicz-Huber



**Der Frauen\*streik vor knapp einem Monat hat gezeigt: die Frauen\* auf der Strasse sind schon viel weiter als die Politik. Nun muss es darum gehen, Massnahmen zur Gleichstellung umzusetzen, auf politischer und auf gewerkschaftlicher Ebene.**

Heute findet in Bern die SGB-Medienkonferenz statt, an der die Gewerkschaften darlegen, wie die Umsetzung in den Lohn- und GAV-Verhandlungen aussehen soll. VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber stellt die Forderungen des VPOD vor:

## Löhne / Lohngleichheit

In allen öffentlichen und subventionierten Betrieben verlangen wir **regelmässige Lohnüberprüfungen** unter Einbezug des VPOD. Dabei muss für gleiche Funktionen bei gleichen Voraussetzungen eine **Toleranzschwelle 0** gelten.

Und um eine zentrale Problematik bei der Lohnungleichheit zu beheben, fordern wir eine generelle Aufwertung und eine **deutlich höhere Lohnreihung** der als klassische Frauenberufe taxierten Tätigkeiten. Dazu zählen sämtliche Berufe, wo sogenannte weibliche Eigenschaften gefragt sind wie Betreuung von Kindern, Kranken, Betagten oder Hilfsbedürftigen.

## Arbeitszeit / Vereinbarkeit

Vereinbarkeit braucht **planbare Arbeitszeiten mit verlässlichen Zeiten und fixen Freitagen**, auch bei Teilzeit und Schichtarbeit.

Für die Pflege von kranken Kindern oder Angehörigen braucht es für Notfälle mindestens **3 bezahlte Freitage pro Fall und die Möglichkeit, die Arbeitszeit vorübergehend zu reduzieren, mit einer Rückkehrgarantie auf das ursprüngliche Pensum.**

Dazu fordert der VPOD für pflegende Angehörige einen **EO-finanzierten Pflegeurlaub bis zu**

---

**26 Wochen.**

Wir fordern **18 Wochen geburtsbezogenen Mutterschafts- und 8 Wochen Vaterschaftsurlaub – voll EO-finanziert sowie anschliessend gemäss EKF-Modell 24 Wochen Elternzeit, hälftig geteilt.** Sukzessive soll die Arbeitszeit für alle auf 35 Stunden gesenkt werden.

**Wir fordern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem Mutterschaftsurlaub.** Die familienergänzende Kinderbetreuung muss öffentlich finanziert und mit Investitionen von mindestens 1% des BIP für die vorschulische und 1% für die schulergänzende Betreuung alimentiert werden. **Die Betreuung sollte für die Eltern (wie die Schule) gratis sein** oder mindestens mit deutlich tieferen Beiträgen.

**Die Pflege von betagten und hilfsbedürftigen Menschen muss öffentlich finanziert werden.** Es braucht sicher 2% des BIP für ambulante und stationäre Einrichtungen in der Langzeitpflege. Als Arbeitnehmerinnen und noch immer grossmehrheitlich zuständig für die gratis verrichtete Erziehungs- und Betreuungsarbeit sind wir Frauen auf öffentliche Dienstleistungen wie Kitas und Angebote für betagte Menschen angewiesen – qualitativ gut und bezahlbar!

## **Branchenforderungen Kinderbetreuung**

Bei den Horten und vor allem bei den Kitas braucht es in Anbetracht der Qualifikation und der hohen Verantwortung **deutlich bessere Löhne und geregelte Arbeitsbedingungen inkl. Weiterbildung.** Bei den öffentlichen heisst das klar höhere Lohn-Einreihungen und bei den privaten Trägerschaften müssen gute Bedingungen endlich in einem GAV festgeschrieben werden.

Dazu gehören **pädagogisch begründete Betreuungsschlüssel**, keine Ausbeutung von Praktikantinnen. Vorpraktika gehören abgeschafft.

Kantone und Gemeinden sollen endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und **die Zulassung an gute Arbeitsbedingungen mit GAVs knüpfen und die Kitas kontrollieren.**

Beim Ausbau von familien- und schulergänzender Betreuung muss die Betreuungsqualität mit genügend qualifiziertem Personal im Vordergrund stehen. **Zerstückelte Kleinstpensen verteilt auf 5 Tage sind nicht zumutbar.**

## **Branchenforderung Gesundheitswesen**

Im Gesundheitswesen fordern wir angemessene d.h. **bessere Löhne und gute Arbeitsbedingungen** – speziell in der Langzeitpflege, die den hohen Anforderungen und Belastungen Rechnung tragen.

Dazu gehört die Umsetzung der Vorschrift „Umkleidezeit ist Arbeitszeit“ mit **Nachzahlung der**

---

**entgangenen Löhne, Frühpensionierungsmöglichkeiten ab 60 bei voller Rente und GAVs in der privaten Gesundheitspflege.**

Zur Förderung der **Vereinbarkeit braucht es frühzeitige und verbindliche Dienstpläne** mit fixen freien Wochentagen, auch bei Teilzeit – und **Personalschlüssel, die vom realen Bedarf ausgehen.**

Die sogenannte «**24-h-Betreuung**» **muss unter das Arbeitsgesetz** und beim Lohn berücksichtigen, dass die Arbeit Hauswirtschaft, Betreuung und Pflege beinhaltet und Bereitschaftsdienste angemessen bezahlt werden.

## **Branchenforderung Lehrberufe**

Im Bildungsbereich ist die **Aufwertung der Kindergartenlehrpersonen vordringlich.** Wir kämpfen für eine Lohneinreihung wie Primarlehrpersonen und für die Anrechnung der Betreuungs- und Auffangzeiten als Arbeitszeit, so dass auch im Kindergarten für 100% geleistete Arbeit 100% entlohnt wird.

Weiter fordern wir eine **lohnwirksame Anerkennung von berufsnahen Erfahrungen** sowie von Erziehungs- und Betreuungsarbeit.

Die Vereinbarkeit muss mit **Pensen-Einteilungen, Teilzeitregelungen oder Pensensenkung bzw. unbezahltem Urlaub mit Rückkehrgarantie** möglich sein.

**Lehrmittel müssen auf diskriminierende Darstellungen und Geschlechterstereotypen überprüft** und angepasst und die Erkenntnisse der Genderforschung fester Bestandteil von Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen sein. Auch Mütter gehören in Leitungspositionen!

**Und es braucht verbindliche Massnahmen gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt – gemäss der neuen ILO-Konvention.**

Weitere Informationen » Katharina Prelicz-Huber | Mobil: 076 397 79 15 | [Katharina.Prelicz@vpod-ssp.ch](mailto:Katharina.Prelicz@vpod-ssp.ch)

## **Downloads**

09.07.2019 [MM: SGB-Medienkonferenz Frauenstreik](#) PDF (106 kB)